

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 10

Artikel: Kirche und Kinder
Autor: Ow, Meinrad von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094213>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kirche und Kinder

Wie präsentieren sich die Menschenrechte aus der Sicht des Lutherischen Weltbundes? Auf diese Frage geht der Verfasser in seinem Gastbeitrag ein.

In dem Bericht «Entführte Kinder» in ZeitBild Nr. 3/1988 hat der Autor erwähnt, dass der Lutherische Weltbund die Frage des schwarzen Elternkomitees aus Namibia unbeantwortet liess. Diese Behauptung bedarf der Richtigstellung, denn inzwischen hat der Weltbund sich mehrfach zur Namibia-Frage geäussert und auch auf die Anklagen des Elternkomitees reagiert.

1. Der Weltbund hat zum 4. Mai 1988 zu einem Namibia-Gebetstag aufgerufen und dazu ein Glaubensbekenntnis verbreitet, das mit den Worten beginnt: «Ich glaube an einen farbigen Gott, Schöpfer von Technicolor-Menschen» und in dem es weiter heisst: «Ich glaube an Jesus Christus... Er erstürmt die höchsten Räte der Menschen, wo er die eiserne Herrschaft der Ungerechtigkeit stürzt.»

Es ist zu hoffen, dass die Gebete dieses Tages auch den schwarzen Eltern und ihren verschwundenen Angehörigen gelten.

2. Vom 15. bis 18. März 1988 besuchte eine Weltbund-Delegation unter Leitung ihres Generalsekretärs Stålsett Angola. Stålsett liess sich dabei vom Swapo-Chef Sam Nujoma über die Fortschritte beim Befreiungskampf in Namibia unterrichten und versicherte ihm, dass der Weltbund sich weiterhin für die gerechte Sache der Befreiung Namibias einsetzen werde. Der Hauptvertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Luanda, U. Mokeba, überbrachte mit seinem Stab der Delegation den Dank für die vom Weltbund geleistete Hilfe. Gegenstand der Gespräche in Angola waren auch das «immer grösser werdende Unrecht und die Repression in Namibia durch das illegale Regime in Pretoria».

Ob Menschenrechtsfragen behandelt wurden, geht aus dem ausführlichen Bericht nicht hervor.

3. Auch zu den Presseberichten über die Auseinandersetzung zwischen Delegationsmitgliedern des Elternkomitees und Sam Nujoma in

Strassburg hat der Weltbund unter der Überschrift «Sam Nujoma sollte ausgetrickst werden» ausführlich Stellung genommen und festgestellt, dass der Swapo-Präsident Opfer von schmutzigen Tricks wurde, nachdem eine Frau, die einer swapofeindlichen Gruppe angehörte, versuchte, sich ihm zu nähern und provozierende Fragen zu stellen.

Gemeint sind damit die Fragen von Talita Smith nach dem Verbleib ihrer verschwundenen Kinder.

Der Weltbund berichtet ausserdem, dass hinter dieser «Kampagne der Fehlinformation» die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) steht, eine konservative Aktionsgruppe, die antikommunistisches Material in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien verbreitet.

4. Ausser der IGFM erwähnte nun auch Amnesty International Menschenrechtsverletzungen in Swapo-Lagern in Südafrika und identifizierte zwei als südafrikanische Spione von der Swapo inhaftierte Namibier als frühere Gefangene Südafrikas, die AI in den siebziger Jahren betreut hatte.

Im Dezember 1987 sah sich der Lutherische Weltbund veranlasst, eine Delegation unter Leitung des Simbabweers Dr. Noko nach Angola zu entsenden, um die Vorwürfe zu untersuchen. Sam Nujoma hatte dem Weltbund ausdrücklich freien Zugang zur Lagerbevölkerung zugesagt.

Erst vier Monate später, am 15. April, wurde die Reise durch eine Information des Weltbundes unter dem Titel «Keine Anzeichen für Swapo-Übergriffe» bekannt. Man wollte schliesslich weiteren unangenehmen Fragen von Menschenrechtsorganisationen zuvorkommen. Dem Bericht nach sollte die Delegation Informationen aus erster Hand bei den namibischen Flüchtlingen sammeln, um zu prüfen, ob an den Anschuldigungen des Elternkomitees

über angebliche Menschenrechtsverletzungen etwas Wahres sei. In dem Flüchtlingslager Kwanza Sul habe die Delegation auch mit zahlreichen Personen, darunter Frauen, Seelsorgern, Rechtsberatern, Gemeinwesenleitern, medizinischem Personal und Lehrkräften sprechen können, jedoch nichts festgestellt, was die Anschuldigungen hätte erhärten können. Die Delegation sei von der erzieherischen, medizinischen und sozialen Tätigkeit der Swapo recht beeindruckt gewesen und habe die seelsorgerliche Betreuung zur Kenntnis genommen.

Der Generalsekretär des Weltbundes meint zu dem Bericht der Delegation, er mache deutlich, dass die Anschuldigungen, in den Swapo-Siedlungen würden Menschenrechte verletzt, nicht haltbar seien. Diese Aussage steht allerdings im Widerspruch zu folgendem Absatz des Delegationsberichts: «Die Delegation räumt ein, dass ihre Untersuchungen, für die sehr wenig Zeit zur Verfügung stand, keine endgültigen Aussagen zu allen Anschuldigungen erlauben. Sie hat jedoch Fragen zu spezifischen Fällen und juristischen Verfahrensweisen aufgeworfen und ist zu der Überzeugung gekommen, dass ihre Anliegen berücksichtigt werden.»

Um weitere Fragen nach den Menschenrechten zu diskreditieren, stellt Stålsett abschliessend fest, er erwarte weitere Anschuldigungen gegen die Swapo. Diese Kampagne sei «Teil des ständigen südafrikanischen Propagandakriegs, der darauf abzielt, die Befreiungsbewegungen zu diskreditieren».

5. Die Information des Lutherischen Weltbundes unterscheidet sich ganz wesentlich von den Aussagen eines Mitglieds der Angola-Delegation vor einem internen Kreis zu einem Zeitpunkt, an dem der gemeinsam für die Öffentlichkeit formulierte Bericht noch nicht vorlag.

Während des zweitägigen Aufenthalts in Kwanza Sul sahen sich die Delegierten auf Schritt und Tritt durch Swapo-Funktionäre von den Flüchtlingen abgeschirmt. Fragen an die Lagerinsassen waren nicht erlaubt, nur Funktionäre gaben vorfabrizierte Antworten und bestritten das Vorkommen von Menschenrechtsverletzungen und von Vergewaltigungen.

Für religiöse Belange war der Delegation ein als «Church-officer» fungierender Funktionär beigegeben. Gottesdienste fanden im Lager nicht statt. Lediglich zwei Pastoren im Alter von 87 und 63 Jahren ist eine beschränkte Seelsorge möglich. Betroffen standen die Delegierten unter dem Eindruck der Entmündigung der Lagerbevölkerung. Am zweiten Tag wurden zu Ehren der Delegierten die Lagerkinder zu einer Grosskundgebung mit antiimperialistischen Propagandaslogans, Transparenten und Liedern aufgebeten. Selbst die wohlmeinenden Besucher konnten den Eindruck einer missbräuchlichen Ideologisierung nicht ganz unter-

CH-Rubrik

1968 und Schweizer Erben

Was ist vom Pariser Mai 1968 übriggeblieben, zum Beispiel in der Schweiz? Die Bilanz ist sektoral unterschiedlich.

Im Mai 1968 brach in Paris eine Revolte linker und revolutionärer Studenten aus, die ganz Frankreich erschütterte und sich wie ein Flächenbrand auf die Universitätsstädte der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz ausbreitete. Das war aber weniger eine Folge des hitzigen jugendlichen Feuers als des Ungnügens der «Feuerwehr», das heisst der völlig überraschten Behörden und Ordnungsorgane. (Eine ähnliche Erscheinung war 1988 in der Schweiz zu beobachten, als die angeblich Mächtigen von Politik und Wirtschaft der argumentenschwachen, aber medienstarken und nimmermüden Opposition nachgaben und auf Kaiseraugst verzichteten.)

Die damals zutage tretende «Linkslastigkeit» der akademischen Jugend war vielleicht eine Folge davon, dass 1945 mit dem Vordringen der Roten Armee nach Mitteleuropa ein breites Interesse für den «Sozialismus» erwachte, was bei der «Intelligentij» zu einer Spätblüte des Marxismus geführt hat. Daraus entstand eine damals Neue Linke, die ideologisch derart fixiert war, dass sie die Fähigkeit verlor, die (menschens-rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in West und Ost tatsächengemäss zu erkennen, zu vergleichen und zu beurteilen.

drücken. In eindrucksvoller Weise erlebten sie den Mikrokosmos des Swapo-Lagers als Vorbild für ein künftiges sozialistisches Namibia.

Das Ziel der Reise, durch eine unbefangene Befragung von Lagerangehörigen konkrete Tatsachen über das Schicksal von verschwundenen Namibiern zu erfahren oder entsprechende Anschuldigungen zu entkräften, wurde zur Enttäuschung der Delegierten trotz der Zusagen Sam Nujomas nicht erreicht.

Im übrigen werden auch nach Aussage der Swapo politische Gefangene oder «südafrikanische Spione» nicht im Vorzeigelager Kwanza Sul, sondern in anderen Lagern untergebracht, die Aussenstehenden nicht zugänglich sind. Die im internen Kreis vom Berichterstatter gestellte rhetorische Frage: «Woher haben wir das einseitige moralische Recht, die Swapo nach den Menschenrechten zu fragen?» erklärt

Die Einseitigkeit wurde 1961 durch die Berliner Mauer gewissermassen zementiert, als die täglichen Augenzeugenberichte aus dem realen Sozialismus der DDR unterbunden wurden. Von da an stellte sich dem Umfunktionieren der Freien Universität Berlin in eine Hochburg des Marxismus nichts mehr entgegen.

Dazu kam, dass damals die USA in den Vietnamkrieg eingriffen. Damit flossen Antiame- rikanismus («Ami, go home») und Friedens- propaganda zusammen; der Vietnamkrieg wurde zum Kristallisationspunkt für alle, die von einem wie immer gearteten Sozialismus schwärmten und deshalb das «Establishment» stürzen wollten, ohne zu wissen oder wissen zu wollen, wie die neue Gesellschaft aussehen sollte.

Im Rückblick ist es erstaunlich, wie wenig Klarheit gerade im intellektuellen Milieu bestand. «Nur Gedankenverwirrung konnte so viele Widersprüche auf einen Nenner bringen», schreibt Heinz Abosch in der NZZ.

Den gleichen Eindruck hinterlässt das nostalgische Erinnerungsbuch «Wir haben sie so geliebt, die Revolution», das Daniel Cohn-Bendit der inzwischen grün gewordenen «roten Dani» von 1968 zum 20. Jahrestag vom Pariser Mai zusammengestellt hat. Darin beschreibt zum Beispiel Michel Chennin, wie er nach 1968 erst in die Wirklichkeit eingetaucht sei und die Dinge so gesehen habe, wie sie seien. Ähnliches geht aus andern Beiträgen hervor.

Wirklich lesenswert sind in jenem Buch aber die Ausführungen des Polen Adam Michnik, der seit über 20 Jahren einem «Establishment» gegenübersteht, das nun real der Vorstellung entspricht, die sich die Linksintellektuellen von der westlichen Demokratie theoretisch gemacht haben und teilweise noch machen.

Auch in der Schweiz werfen die Achtundsechziger den Blick zurück in die Zeit, die sie so geliebt haben. Fast alle sind auf der Suche nach Spätwirkung dessen, was sie damals als «gros- sen Aufbruch» erlebt haben. Doch viel bleibt

vielleicht, wie der Bericht des Lutherischen Weltbundes zustande kam.

★

Swapo-Chef Sam Nujoma ist als Festredner beim 70. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau ebenso willkommen wie in Genf beim Lutherischen Weltbund. An beiden Orten wird die Swapo «als einzig rechtmässige Regierung des namibischen Volkes» anerkannt und unterstützt. Wer somit von der Swapo die Respektierung der Menschenrechte fordert, kann deshalb nur ein mit schmutzigen Tricks arbeitender Antikommunist oder ein Propagandist Südafrikas, der die Befreiungsbewegungen diskreditieren will, sein.

Für Christen sind die Menschenrechte unteilbar. Der Lutherische Weltbund ist anscheinend anderer Meinung. ■

da nicht zurück, und wenig davon ist erfreulich.

Zum Schweizer Nachlass von 1968 gehören die POCH und die SAP, die damals von der PdAS abgesplittet sind und deren Mitglieder besonders in den Anfangsjahren mit grosser Hingabe für ihre vermeintlichen Ideale gewirkt haben, letztlich mit kleinem Erfolg, ob man ihn nun an den Idealen oder an der Realität misst.

Das gleiche ist bei der von Behörden und Kirchen krampfhaft geförderten «Jugendarbeit» und den Versuchen mit «autonomen Jugendzentren» festzustellen.

Eine andere Spätwirkung von 1968 ist die Dogmatisierung der Spitze und der Politik der SPS, was unter anderem Spannungen zur eigenen Basis und zu den Gewerkschaften bewirkte. Und schliesslich können auch die organisierten «Grünen» zum Teil als späte Auswirkung von 1968 gesehen werden, nicht in ihren grünen Eigenschaften freilich, sondern in ihren pseudo- grünen Eigenschaften, die zum Beispiel mitverantwortlich sind dafür, dass die sozialistisch verursachte Umweltzerstörung für die öffentliche Bewusstseinsbildung gesperrt wurde – ein ausgesprochenes Verbrechen an Umwelt und Mitmenschen.

Eine wenig beachtete, aber keineswegs unwichtige Nachwirkung von 1968 in der Schweiz ist die gegenwärtige Personalstruktur in den elektronischen Massenmedien von DRS. Dort haben unverhältnismässig viele der «politisierten» Studenten – mit oder ohne Abschluss – einen Broterwerb dann gefunden, als mit der Zunahme ihrer Semester die väterlichen Subsidien abnahmen. Darum wohl auch ist das Syndikat der Medienschaffenden eine der wenigen 68er Gewerkschaften, die Bestand hatten.

Demgegenüber fand bei den Printmedien eine Redimensionierung statt. Die zahlreichen politischen Zeitungen, die nach 1968 gegründet wurden, fusionierten in der Zwischenzeit oder gingen ein. Von einiger Bedeutung sind heute nur noch die «Wochezeitung WoZ» sowie die als «Widerspruch» einige Male im Jahr erscheinenden «Beiträge zur sozialistischen Politik», eine so gehobene Lektüre, dass wahrscheinlich nur gläubige Marxisten ihren Höhenflügen zu folgen vermögen.

Nicht vergessen werden dürfen einige sozialpolitische Zeiterscheinungen, die wenigstens teilweise auf 1968 zurückzuführen sind. Dazu gehören automatische Reflexe der Wirtschaftsfreundlichkeit, das (notabene durchaus asoziale) Ausspielen von Legitimität gegen Legalität in einem demokratischen Rechtsstaat, die Missachtung einer freiheitlichen Ordnung, die ihre Freiheitsrechte nicht nur den 68ern auf Kosten der andern reservieren darf. Es gibt zu viele, welche die Demokratie hinterfragen, ohne nach ihr zu fragen.

Ansonsten war das Jahr 1968 auch das Jahr des im Westen weitgehend vergessenen «Prager Frühlings», zu dessen Spätfolgen möglicherweise etliche Aspekte der heutigen Perestrojka gehören. Max Keller